

Ein trauriges Erbe

Am 1. Oktober 1982 hat der Deutsche Bundestag mit seiner Mehrheit Helmut Kohl zum Bundeskanzler gewählt, um der Bundesrepublik Deutschland wieder eine handlungsfähige und kompetente Regierung zu geben. Dieses in Artikel 67 des Grundgesetzes vorgesehene Verfahren war zwingend notwendig geworden, nachdem der sozialdemokratische Bundeskanzler das Land in die schwerste Wirtschafts- und Sozialkrise seit Kriegsende manövriert hatte; um den Warnungen und Vorschlägen seines Koalitionspartners aus dem Weg zu gehen, hatte er dessen Minister kurzerhand entlassen.

CDU/CSU und FDP haben sich zu einer neuen Koalitionspartnerschaft zusammengeschlossen, um den drohenden Kollaps des Staates zu verhindern. Inzwischen versucht die SPD mit einer infamen Kampagne der emotionalen Verhetzung für sich Stimmung zu machen. Sie spricht von Verrat, Komplott und Machenschaften. Sie will ablenken von dem traurigen Erbe, das sie hinterlassen und zu verantworten hat. Sie hinterläßt geplünderte Kassen in einem krisengeschüttelten Land, sie hinterläßt Massenarbeitslosigkeit und die um ihre Zukunft geprellten jungen Menschen. Um der Glaubwürdigkeit der Demokratie willen muß alles darangesetzt werden, die SPD-Taktik der Vernebelung und der gezielten Verdächtigung aufzudecken. Nicht die, welche den Karren aus dem Dreck ziehen müssen, sind schuld, sondern die, die ihn so weit in den Schlamm gefahren haben.

Um die traurige Hinterlassenschaft der SPD sind Bundeskanzler Helmut Kohl und seine Minister nicht zu beneiden. Die neue Regierung steht vor der schwierigen und nur langfristig zu lösenden Aufgabe, folgende Probleme zu lösen:

- Das Vertrauen der Bürger in die parlamentarische Demokratie muß neu gefestigt werden.
- Unser Land muß aus der schwersten wirtschafts- und sozialpolitischen Krise der Nachkriegszeit herausgeführt werden.
- Die geistigen und moralischen Grundlagen unseres Zusammenlebens müssen erneuert werden.
- Unsere Jugend muß wieder Hoffnung für eine lebenswerte Zukunft haben können.

Diese Aufgaben wird nur ein Bundeskanzler lösen können, der in der erfolgreichen historischen Kontinuität früherer CDU-Kanzler seit Konrad Adenauer steht. Erste und wichtigste Aufgabe aber ist jetzt die Selbstbesinnung der

Bürger auf ihre eigene Kraft. Persönliche Leistung, Selbstverantwortung und Tatkraft sind die unabdingbaren Voraussetzungen, um nach der Periode sozialistischer Bevormundung durch den Staat den Weg aus der Krise meistern zu können.

1. Die SPD hat das Vertrauen der Bürger in die parlamentarische Demokratie verspielt

In 20jähriger Regierungsverantwortung ist die Union allen Versuchen entgegengetreten, gesellschaftliches und wirtschaftliches Handeln vom Staat her zu bevormunden und zu gängeln. In den 13 Jahren der SPD-Politik wurde der Weg eingeschlagen in eine perfekt verwaltete, aber kalte und deshalb unmenschliche Einheitsgesellschaft. Der Staat griff immer mehr regelnd in alle Lebensbereiche seiner Bürger ein. Persönliche Verantwortung wurde immer stärker zurückgedrängt. Alles wurde als machbar propagiert, hochfliegende Reformpläne weckten Erwartungen, ohne daß die Realitäten berücksichtigt gewesen wären.

Heute stehen wir vor dem Scherbenhaufen der Reformen. Die Glaubwürdigkeit der politischen Institutionen ist nachhaltig in Mißkredit geraten, da mehr versprochen worden war als erfüllt werden konnte. Andererseits wurden die Bürger durch eine überschäumende Flut von Gesetzen, Erlassen, Verfügungen, Verordnungen und Ausführungsbestimmungen in ihren freien Entfaltungsmöglichkeiten beschnitten.

Allein für ein Baugenehmigungsverfahren müssen heute über 200 Vorschriften beachtet werden. In einzelnen Bereichen können staatliche Institutionen nur noch funktionieren, wenn nicht alle Gesetze und Erlasse angewandt werden. Der Gesamtumfang der Steuervorschriften beträgt heute 23 000 Druckseiten. 13 Jahre sozialdemokratischer Regierungsverantwortung haben den Staat anonym gemacht. Der Bürger ist oft nicht mehr in der Lage, staatliches Handeln zu verstehen.

Der schrankenlose Normierungsdrang der SPD hat zu einem Paragraphen-Labyrinth geführt, in dem oft gerade die Bedürftigen sich nicht mehr zurechtfinden. Eine Steuererklärung abzufassen oder Formulare für Wohngeld und andere Sozialleistungen auszufüllen, ist für Laien fast unmöglich geworden. „Was nach dem Krieg die Bezugsscheine waren, das ist heute die erstickende Wanderdüne der Paragraphen und die Übermacht der Ämter“ (Rainer Barzel). Es entstand eine neue Ungleichheit zwischen denen, die sich im Normengestrüpp zurechtfinden und so ihre Vorteile daraus ziehen können und jenen, die dazu nicht in der Lage sind. Besonders der einfache Bürger, der früher dem Staat mit Vertrauen begegnen konnte, hat heute große Zweifel gegenüber der Fähigkeit zu rechtem Handeln in einer parlamentarischen Demokratie.

Nur wenn Anspruch und Realität annäherungsweise zur Deckung kommen, wirken Institutionen glaubwürdig, schaffen Vertrauen und ermöglichen Orientierung. Dies gilt besonders für die Politik.

Als die SPD 1969 die Regierungsverantwortung übernahm, tat sie es mit dem Anspruch, jetzt fange Demokratie erst wirklich an. Als die SPD 1982 die Regierung abgeben mußte, behauptete sie, jetzt sei die Demokratie gefährdet. Diese Behauptung ist eine Anmaßung und obendrein völlig falsch. Es muß richtig heißen: Die Demokratie war gefährdet — solange die SPD ihre Vorstellungen vom allzuständigen Staat durchzusetzen versuchte, der weder überschaubar noch wirklich kontrollierbar gewesen wäre.

2. Die SPD hat unser Land in die schwerste Wirtschafts- und Sozialkrise der Nachkriegszeit manövriert

Die SPD hat in den Jahren ihrer Regierungsverantwortung eine nachhaltige Erosion der Sozialen Marktwirtschaft zugelassen. Ihr konnte es nicht gelingen, Maßnahmen zu treffen, die im Rahmen einer marktwirtschaftlichen Ordnung gleichzeitig Stabilität des Preisniveaus, zu einem hohen Beschäftigungsstand und außenwirtschaftlichem Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wirtschaftswachstum beitragen.

- Zwischen 1961 und 1970 stiegen die Lebenshaltungskosten durchschnittlich pro Jahr um 2,5%. Im Jahr 1981 betrug der Anstieg mit 5,9% weit mehr als das Doppelte.
- Zwischen 1961 und 1970 betrug die reale Wachstumsrate des Bruttosozialprodukts durchschnittlich pro Jahr +4,7%. Im Jahr 1981 mußte eine schrumpfende Wachstumsrate von -0,5% hingenommen werden.
- 1970 hatten wir eine Arbeitslosenquote von 0,7%. Im Jahr 1981 war diese bereits auf 5,5% angestiegen.
- 1970 wurde ein außenwirtschaftlicher Leistungsbilanzüberschuß von 3,2 Mrd. DM erzielt. 1981 war ein Leistungsbilanzdefizit von 17,5 Mrd. DM zu verkräften.

Die ständige Verunsicherung der Unternehmen, deren Belastung durch bürokratische Bremsklötze, die Verteufelung der Gewinne und unsolide Reformversprechen durch die SPD haben nach 20jähriger Aufwärtsentwicklung unter unionsgeführten Regierungen die deutsche Wirtschaft an den Rand des Ruins getrieben. Verstaatlichungs-Diskussionen, Investitionslenkungs-Programme sowie die pauschale Diffamierung von Initiative, Leistung und Gewinn haben zur längsten Rezession in der Bundesrepublik Deutschland geführt. Die SPD hat die psychologischen Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft zerstört.

Auf ihren Parteitag wurde der Gewinn als Ausbeutung der Arbeiter durch die kapitalistischen Profiteure diffamiert. Lange Zeit durfte ein Sozialdemokrat das Wort „Gewinn“ nicht mehr in den Mund nehmen. Die SPD hat nie begriffen, daß es keine kapitalistische Sünde ist, wenn Unternehmen Gewinne machen. So übersah sie auch das Verhängnis für Arbeiter und Betriebe, das drohend heraufzog, als die Unternehmen begannen, Verluste zu machen.

Die SPD wollte die Belastbarkeit der Wirtschaft prüfen und drehte ungehemmt an der Steuerschraube. Die Abgabenbelastung der Bürger (1969: 21%, 1982: 31%) hat ein unerträgliches Maß erreicht. Fast die Hälfte jeder in unserer Volkswirtschaft verdienten Mark wanderte in öffentliche Kassen. Mehrarbeit wird durch den Zugriff der Steuer bestraft, Leistung lohnt sich nicht mehr. In ihrem Wahlprogramm 1980 forderte die SPD gar die Einführung einer „bedarfsorientierten Mindestrente“; eine solche Einheitsrente wäre ein weiterer Schritt zur Nivellierung aller Einkünfte geworden.

Besonders schwer hatte die mittelständische Wirtschaft unter der verfehlten Wirtschafts- und Finanzpolitik der SPD zu leiden, die 75% aller Arbeitsplätze stellt. Die Leistungsfähigkeit der kleinen und mittleren Betriebe wurde durch eine unternehmensfeindliche Steuer- und Abgabenpolitik nachhaltig gemindert. Während 1969 nur 1 800 Betriebe Konkurs anmelden mußten, werden in diesem Jahr etwa 16 000 Unternehmen davon betroffen sein. Das allein kostet eine halbe Million Arbeitsplätze.

1972 gab die SPD im Wahlkampf die Parole aus: „Sorgen Sie dafür, daß Sozialdemokraten weiterregieren. Dann bleiben die Arbeitsplätze sicher.“ In ihrem „Regierungsprogramm 1976—80“ hatten die Sozialdemokraten bekräftigt: „Wir werden uns nicht mit Arbeitslosigkeit abfinden.“ Tatsache ist jedoch, daß 179 000 Arbeitslose im Jahr 1969 rund zwei Millionen Arbeitslose im Jahr 1982 gegenüberstehen. Die SPD hat es in ihrer Regierungszeit zum Problem der Dauerarbeitslosigkeit kommen lassen; ihr als „sozial“ propagiertes Programm belastet unsere Zukunft mit einer enormen sozialen Hypothek.

Auch die nominale Steigerung der Sozialleistungen (1970:1980 = 157%) hat die Beseitigung sozialer Probleme nicht bewirken können. Für eine wachsende Zahl von Bürgern haben sich die sozialen Probleme sogar verschärft. Nach wie vor ist die soziale und wirtschaftliche Situation von einer Vielzahl ungelöster, zum Teil sogar anwachsender Probleme gekennzeichnet. Dies spricht für eine geringe soziale und wirtschaftliche Effizienz der eingesetzten Mittel.

Jahrelang hatte die SPD die Bedürfnisse der Bürger durch Ausdehnung der Staatstätigkeit befriedigen wollen, ohne auf die Folgekosten zu achten, ohne die entscheidende Frage nach der Rechtfertigung staatlicher Aufgaben zu stellen. Die realitätsfernen, oft nur ideologisch begründeten Gesetzeswerke, die in der Regierungszeit der Sozialisten verabschiedet worden sind, bewirkten

vor allem ein Zweifaches: eine unerhörte Verschuldung des Staates und zugleich eine enorme Entwertung des Geldes.

Seit 1969 ist die Verschuldung des Bundes von 45 Mrd. DM auf über 270 Mrd. DM im Jahr 1981 angestiegen; sie hat sich damit versechsfacht. Die gesamte Staatsverschuldung in Bund, Ländern und Gemeinden zusammengenommen, hat inzwischen weit über 500 Mrd. DM erreicht. Das bedeutet umgerechnet, daß auf jeden Bürger ca. 9 000 DM Schulden entfallen. Die Schulden des Bundes sind inzwischen höher als sein Haushalt. Die neuen Kredite werden für Zins- und Tilgungszahlungen aufgebraucht. Der letzte von Sozialdemokraten vorgelegte Haushalt weist für 1983 eine Deckungslücke von über 50 Mrd. DM aus. Die Entwicklung der Geldentwertung verdeutlicht ein Zitat von Helmut Schmidt aus dem Jahr 1972: „Inflation heißt für mich, wenn die Zigaretten 4 Mark kosten!“

3. Die SPD hat die geistigen und moralischen Grundlagen unseres staatlichen Zusammenlebens ausgehöhlt

Seit 1969 ist in der Bundesrepublik Deutschland ein spürbarer Verlust an innerer Sicherheit festzustellen. Das Vertrauen der Bürger in den Willen und die Fähigkeit des Staates, die innere Sicherheit zu schützen, ist kaum noch vorhanden.

Die SPD ist voll verantwortlich zu machen für das stark gesunkene Rechtsbewußtsein in der Bevölkerung, das als Ursache der zunehmenden Kriminalität zu gelten hat. Die SPD hat es immer wieder darauf ankommen lassen, daß bei Gesetzgebungsverfahren die Verfassungsgerichte angerufen werden mußten. Dabei wurde in vielen Fällen die Handlungsweise der Bundesregierung als verfassungswidrig verurteilt (z. B. Fristenregelung in § 218 StGB, Wehrpflichtnovelle 1978, parteipolitische Propaganda durch die Bundesregierung, Verletzung der Etathoheit durch H. Schmidt).

In all diesen Fällen hat die SPD sich nicht geschämt, durch Urteilsschelte die Rechtsstaatlichkeit in unserem Land auszuhöhlen. Teile der SPD stellten sogar das Gewaltmonopol des Staates zumindest indirekt in Frage und propagierten ein Widerstandsrecht gegen rechtsstaatliches Handeln. Der ehemalige SPD-Minister Matthöfer äußerte 1972 vor dem Parlament: „Es gibt auch eine strukturelle Gewalt der Gesetze, die auf der Seite der konservativen Ausbeuter stehen.“

Das Infragestellen des Gewaltmonopols des Staates geht Hand in Hand mit dem Anzweifeln weiterer Grundprinzipien des Grundgesetzes. Die von weiten Teilen der SPD unterstützte Kampagne gegen „Berufsverbote“ zielte gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung und versuchte, diese verächtlich zu machen. Parolen wie „Keine Zwangsverpflichtung auf die FDGO“ leg-

ten es darauf an, das Grundgesetz zu verhöhnen. Einer der Wortführer dieser „Berufsverbotskampagnen“, Walter Jens, konnte 1979 auf dem Berliner SPD-Parteitag seine Thesen unter großem Beifall vortragen. Unter anderem sprach Jens von der „obrigkeitsverordneten FDGO“.

Mit solchem Vorgehen wurde die Rechtsstaatlichkeit in unserem Land in Frage gestellt. Die Fülle der gewalttätigen Demonstrationen und Hausbesetzungen zeigen, wie sehr das Unrechtsbewußtsein bei Gewaltanwendungen verlorengelassen ist.

In der Außen- und Sicherheitspolitik hat die SPD es nicht vermocht, sich gegen die Vertreter illusionärer Positionen in der eigenen Partei durchzusetzen. Spätestens seitdem sich ein Unterbezirk der SPD nach dem anderen gegen die Politik der Bundesregierung aussprach, ist die Bundesrepublik Deutschland zu einem angezweifelt Partner im atlantischen Bündnis geworden. Nicht Sicherheitspolitik, sondern eine Politik der Verunsicherung ist das Ergebnis der heterogenen Kräfte in der SPD. Immer häufiger wurden Ost und West gleichgesetzt, die deutsch-amerikanische Freundschaft aufs stärkste belastet und Abrüstung selbst dort gefordert, wo die Sowjetunion zu Gegenseitigkeit und Ausgewogenheit nicht bereit ist. So wurde die Politik der Bundesrepublik Deutschland als nicht mehr kalkulierbar und büßte an internationaler Glaubwürdigkeit ein.

Unserer Außenpolitik fehlt die Wertorientierung. Zu oft wurde unreflektiert „Frieden“ als leitende politische Zielvorstellung verkündet, zugleich aber vernachlässigt, die Voraussetzungen dieses Friedens, nämlich Freiheit, Menschenwürde und Gerechtigkeit zu nennen. Damit wird ein Wertelerativismus vertreten, der die Fundamente von Staat und Gesellschaft aushöhlt.

4. Die SPD hat die Jugend um ihre Hoffnung für eine lebenswerte Zukunft betrogen

Die SPD hat mit ihrer Bildungspolitik große Teile der jugendlichen Bevölkerung betrogen und um Lebenschancen gebracht, indem sie gezielt eine Pädagogik der Manipulation durchsetzte. „Bildung und Ausbildung, Wissenschaft und Forschung“, so hatte es Willy Brandt 1969 verkündet, „stehen an der Spitze der Reformen, die es bei uns vorzunehmen gilt.“ Hier bot sich für die SPD die große Chance, durch eine Umgestaltung des Bildungswesens den Weg zu einer sozialistischen Gesellschaft zu ebnen. Bei Habermas hatten die Ideologen der SPD gelernt, daß die Abschaffung der Klassenherrschaft historisch möglich sei, wenn ein verdeckter Klassenkampf geführt würde. Unter dem Deckmantel einer euphorisch propagierten Bildungsreform sollten die jungen Menschen in unserer Republik auf die Ziele sozialistischer Gesellschaftspolitik hin erzogen werden.

Als Ergebnis müssen wir heute gerade in den von der SPD regierten Ländern tiefgreifende psycho-soziale Defizite bei jungen Menschen beobachten: Resignation und Zukunftsangst junger Leute sind das Ergebnis einer Politik, die die Machbarkeit von Bildung und Berufschancen verhieß. Es war wiederum Willy Brandt, der 1969 versprach, „Menschen und Mittel so einzusetzen, daß ein optimaler Effekt erzielt wird“. Die Hälfte eines Altersjahrgangs sollte das Abitur erwerben; der SPD-Bildungsminister von Dohnanyi, der heute an anderer Stelle die Serie seiner Fehlleistungen fortsetzt, verkündete 1972: „Arbeitslose Akademiker in Massen sind heute nichts als ein Schreckgespenst.“

Inzwischen hat uns dieses Schreckgespenst eingeholt. Die SPD hat eine Politik betrieben, die junge Menschen in die geplante Chancenlosigkeit hineingetrieben hat. 170 000 arbeitslose Jugendliche sind zur beschämenden Anklage einer verfehlten Politik geworden. „No future!“ ist eines der Schlüsselwörter der heutigen Jugend. Es ist zugleich ein Urteil über die Bildungspolitik der SPD.

Ein anderes prägnantes Schlagwort der Gegenwart lautet: „Null Bock auf gar nichts!“ Die sich hinter diesem Satz verbergende Wirklichkeit geht ebenfalls zu Lasten der SPD-Bildungspolitik. Sie wollte Chancengleichheit für alle durch Nivellierung der Leistungsanforderungen. Leistungsbereitschaft wurde verächtlich gemacht, Hochbegabte waren plötzlich gezwungen, sich für ihr Können zu entschuldigen. Restlos auf der Strecke blieb allerdings derjenige, der trotz Discount-Abitur nicht mithalten konnte. Die Verkümmern der Hauptschule zur Restschule ist das traurige Ergebnis einer Reform, die immer noch hunderttausend Schüler jährlich ohne jede Perspektive und Chance ins Leben schickt. Die SPD hat die natürliche Leistungsbereitschaft der jungen Menschen abgewiesen; der „Tunix-Typ“ ist direkte Folge der SPD-Politik.

In den 13 Jahren ihrer Regierungsverantwortung hat die SPD auch fortschreitend die Chance vertan, den nachwachsenden Generationen geistig-ethische und nicht zuletzt gefühlsmäßige Identifikationen mit unserem Staat zu ermöglichen. So wurden die 70er Jahre zu einem „Jahrzehnt der Entpflichtung“. Wo beispielsweise politische Bildung die Verbindung des jungen Menschen mit seinem Gemeinwesen herstellen und fördern sollte, wurde nunmehr orientierungsloses „Problembewußtsein“ geschaffen, das alles „hinterfragte“.

Unter dem Schlagwort der „emanzipatorischen Erziehung“ wurden die Jugendlichen vorsätzlich aus jeglicher Gemeinschaftsbindung herausgebrochen und allein individuelle Interessen und Bedürfnisse zu Maßstäben des richtigen Verhaltens erhoben. Es ist daher nicht weiter verwunderlich, wenn immer mehr junge Menschen nicht mehr bereit waren, für ein verteidigungswürdiges Gemeinwesen einzutreten. Wenig überzeugend war auch der Versuch der Sozialdemokraten, Empfehlungen zur „Friedenserziehung in der Schule“ auszuarbeiten. So wurde beispielsweise in einem Entwurf von SPD-Kultusministern der Aspekt völlig vernachlässigt, daß wirklicher Friede für ein Land und für

die Völker nur dann besteht, wenn es ein Friede in Freiheit und Gerechtigkeit ist. Auch die dort vorgenommene Gleichstellung von Wehrdienst und Ersatzdienst entspricht weder dem Inhalt unserer Verfassung noch den politischen Notwendigkeiten.

Sozialdemokraten haben es nicht geschafft, unseren jungen Wehrpflichtigen die Frage nach dem „Wofür“ und „Warum“ ihrer Aufgabe zu beantworten. Dies erklärt u. a. — neben den zu achtenden Motiven junger Menschen — die sprunghaft angestiegenen Zahlen der Wehrdienstverweigerung: bis 1967 noch ca. 5 900 jährlich, 1980 dagegen 58 000. Alle SPD-geführten Regierungen haben es versäumt, die Wehrpflichtigen von der Notwendigkeit ihres Dienstes zu überzeugen und nicht nur den „gewährenden“, sondern auch den „fordern- den“ Staat verständlich und annehmbar zu machen.

Der Weg junger Menschen in eine gesicherte Zukunft kann nicht absehen von der materiellen Absicherung im Alter. Bereits heute ist erkennbar, daß die familienfeindliche Politik der Vergangenheit zu einer dramatischen Gefährdung des Generationenvertrags geführt hat. Die heute Jungen werden künftig vor erheblichen Belastungen stehen, um ihren Verpflichtungen gegenüber der vor- aufgehenden Generation nachkommen zu können. Während 1975 fünf Er- werbstätige für zwei Rentner aufzukommen hatten, werden im Jahr 2030 fünf Erwerbstätige durch ihre Beitragszahlungen für vier Rentner eintreten müs- sen.

Der gefährdete Generationenvertrag kann nur Bestand haben, wenn die je- weils arbeitende Generation durch ihre Beiträge für die Sicherung der Alters- einkommen und gleichzeitig durch Kinder für den Bestand der Gemeinschaft sorgt. Deshalb muß neben der Beitragsleistung auch die Erziehungsleistung als ebenbürtige Leistung zur Sicherung des Generationenvertrages anerkannt werden. Dies aber hat die SPD-Regierung versäumt.

Wann hat je eine neue Regierung in der Bundesrepublik Deutschland ein solches Erbe übernehmen müssen? Die CDU/CSU übernimmt die Regierung zu einem Zeitpunkt, wo jeder Tag neue Schulden und mehr Arbeitslose bringt. Der Weg aus der Krise ist lang und beschwerlich. Die neue Regierung allein kann es nicht schaffen, aber ihre Politik wird bei den Menschen neue Energie und Initiativen freisetzen und so die Bürger zu neuen Anstrengungen mitreißen.